



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Hannover, den 18. März 2011

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

während ich diese Zeilen schreibe, kämpfen Helfer in Japan verzweifelt gegen den atomaren Super-GAU. Die Informationen sind unübersichtlich. Es bleibt nur die Hoffnung. Das Thema hat natürlich in den vergangenen Tagen auch die Gremien des Deutschen Bundestages intensiv beschäftigt, so dass ich in einer Persönlichen Erklärung eine erste Einschätzung geben möchte:

Am 29. Oktober 2010 habe ich die Vorgänge beschrieben, die sich im Rahmen der Laufzeitverlängerung im Deutschen Bundestag abgespielt haben: Die Aussagen von Sachverständigen zu Risiken der Altmeiler wurden ignoriert, Anhörungen im zuständigen Ausschuss nicht einmal ausgewertet und die Laufzeitverlängerung mit einem „Deal“ zwischen Regierung und Konzernen durchgepeitscht. Es ist traurig, dass erst eine Katastrophe ein Umsteuern auslöst. Nach den letzten Tagen habe ich zudem erhebliche Zweifel, inwieweit das Umsteuern der Regierung auf Einsicht beruht. Wir haben gestern im Deutschen Bundestag beantragt,

- die sofortige Stilllegung der ältesten sieben AKW plus Krümmel und den Ausschluss der Übertragung der Strommengen auf andere AKW durch ein Ausstiegsgesetz,
- die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und die frühestmögliche Abschaltung aller AKW,
- die sofortige Einsetzung des kerntechnischen Regelwerks, das unter Sigmar Gabriel erarbeitet worden ist und bislang von Umweltminister Röttgen ignoriert wurde.

In namentlicher Abstimmung haben lediglich wenige Abgeordnete von CDU/CSU und FDP diesem Antrag zugestimmt. Immerhin gab es aber einige, die die Notwendigkeit des Handelns erkennen. Ich hoffe, es werden in den kommenden Tagen immer mehr – zumal Bundestagspräsident Lammert und der Vorsitzende des Rechtsausschusses Siegfried Kauder am ausgerufenen „Moratorium“ der Bundesregierung erhebliche rechtliche Zweifel angemeldet haben. Ich teile diese Zweifel vollständig. Ein schlechtes Gesetz kann nur durch ein besseres ersetzt werden. Eine Regierung kann nicht einfach ein Gesetz „aussetzen“. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Abschaltung gefordert. Dieses hätte vor allem die notwendige Verbindlichkeit ausgelöst. Im Rahmen der Finanzkrise hat der Bundestag



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

bewiesen, dass in wenigen Tagen entsprechende Gesetze verabschiedet werden können. Ich bin mir sicher, dass die vier Konzerne spätestens nach den Landtagswahlen gegen die Anordnung auf Abschaltung der alten AKW klagen werden, da sie hierzu bereits aus aktienrechtlichen Gründen verpflichtet sind. Sie werden sich auf den Vertrag und auf das bislang geltende Atomgesetz berufen. Möglicherweise finden hinter den Kulissen bereits neue Verhandlungen statt, um die sehr unangenehmen Folgen für beide Vertragsseiten zu mindern. Das wird in den kommenden Monaten noch reichliche Diskussionen auslösen...

Um so wichtiger ist es, klare Alternativen zu diesem „Durchwursteln“ aufzuzeigen, wie es Bundestagspräsident Lammert im Ältestenrat bezeichnet hat. Es geht kein Weg daran vorbei: Wir müssen raus aus der Atomenergie, und zwar so schnell wie möglich. Damit können wir auch ein Signal an andere Länder aussenden: Der Ausstieg ist möglich und eröffnet sogar noch neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Sachverständigengutachten, die den notwendigen Energiemix, die Infrastruktur und die Zeitabläufe benennen, liegen vor und waren bereits Gegenstand zahlreicher Diskussionen im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung. Leider wurden sie bis heute von Schwarz-Gelb ignoriert. Ich kann an dieser Stelle nur auf die umfangreichen Ausarbeitungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen, des Umweltbundesamtes oder des WWF verweisen. Vier Schritte werden entscheidend sein:

1. Wir müssen Energie sinnvoller nutzen – damit können alle in den eigenen vier Wänden beginnen. Vor allem wird es aber auch in Industrie und Wirtschaft darum gehen, energiesparende Produkte herzustellen und Produktion insgesamt effizienter zu gestalten. Wer weitere Informationen dazu bekommen möchte, dem empfehle ich das Buch von Ernst-Ulrich von Weizsäcker „Faktor fünf“, das darlegt, dass wir in zahlreichen Bereichen bis zu 80 Prozent an Energie einsparen können. Leider sind alle entsprechenden Programme (Gebäudesanierungsprogramm, kommunale Investitionsförderung...) durch Schwarz-Gelb gestrichen oder massiv gekürzt worden. Für die kommunalen Wahlprogramme hat das Forum „Nachhaltige Entwicklung“ des Landesverbandes unter meiner Leitung gerade ein Heft guter Beispiele vor Ort herausgegeben, das beim Landesverband bestellt werden kann. Man sieht an diesen Beispielen, dass ganz viele Dinge möglich sind. Wir müssen es nur wollen und Prioritäten setzen.
2. Wir müssen Energie effizienter produzieren – dazu gehört z. B. eine breite Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Auch hier wurde leider in der Vergangenheit massiv gekürzt. Die Energiewende wird gerade für die Stadtwerke neue Chancen bieten. Das Repowering konventioneller Kraftwerke wird ein wichtiges Thema sein.
3. Wir müssen endlich eine Netzinfrastruktur aufbauen, die den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird. Dazu ist es unumgänglich, auch auf Einwände von Einwohnern einzugehen und transparent die Notwendigkeit bestimmter Trassen darzulegen. Vermeidlich billige Wege sind nicht immer die sinnvollsten. Deshalb wird die Erdverkabelung häufig unumgänglich sein.
4. Wir brauchen den weiteren Ausbau an Erneuerbaren Energien. Im Süden Deutschlands hatte Windkraft bislang kaum eine Chance, da die Atomlobby den Ausbau verhinderte. Bei der Biomassenutzung setzen wir bislang fälschlicherweise nur auf Mais. Wasserkraft, Geo- und



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Solarthermie stecken in den Kinderschuhen. Auch bei der Photovoltaik werden wir in den kommenden Monaten und Jahren technische Entwicklungen erleben, die Wirkungsgrade und bislang ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten eröffnen. Und natürlich wird es um den massiven Ausbau der Windparks auf See gehen. Einzelheiten können den oben genannten Gutachten entnommen werden, die über das Internet abrufbar sind. Ein wichtiger Schritt, die Erneuerbaren weiter zu fördern und die Akzeptanz zu erhöhen, wird die Förderung von Genossenschaftsmodellen sein, die die Wertschöpfung vor Ort unterstützt.

Noch ein paar abschließende Gedanken: Aktuell positionieren sich die Verfechter des „alten Denkens“ natürlich bereits, indem sie auf die hohen Investitionskosten einer Energiewende verweisen. Wann berücksichtigen wir endlich mal volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und nicht nur betriebswirtschaftliche. Die Ukraine wendet noch heute einen festen Anteil des Haushalts für die Bekämpfung der Katastrophe von Tschernobyl auf. Welche Beträge wird die japanische Regierung benötigen? Bei uns sehen wir die Asse vor der Haustür. Wenn wir Geld für die Rettung des Bankensystems aufbringen können, warum nicht dann zur Rettung der (Um-)Welt für uns und nachfolgende Generationen? Die Zeit ist mehr als reif! Ich freue mich wieder über Reaktionen und muss jetzt schnell in den Plenarsaal...

Herzliche Grüße!

Ihr/Euer Matthias Miersch